



Schwedens Familienpolitik im Wandel: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft

ANN-ZOFIE DUVANDER UND TOMMY FERRARINI

August 2013

- Schweden ist für viele ein Sinnbild für moderne Familien- und Gleichstellungspolitik. Die dortige Gesetzgebung ermutigt Eltern zum Aufteilen sowohl der Erwerbsarbeit als auch der unbezahlten Sorgearbeit. (Doppelversorgermodell).
- Sozialleistungen für Eltern, der Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung, Steuerreformen und die Durchsetzung spezieller Rechte und Pflichten auch für die Väter sind zentrale Elemente, die zur Entwicklung dieses Modells beitragen.
- Es hat sich wiederholt gezeigt, dass Länder mit Doppelversorgermodellen ein beträchtlich höheres Maß an weiblicher Beschäftigung aufweisen als Wohlfahrtsstaaten mit anderen familienpolitischen Modellen. Von der schwedischen Familienpolitik wird häufig angenommen, sie stimuliere sowohl die Geburtenrate als auch die bezahlte Arbeit von Frauen.
- In den letzten Jahren stand die Wahlfreiheit mehr im Mittelpunkt des neuen konservativen familienpolitischen Konzepts in Schweden als die Gleichstellung der Geschlechter. Die Mehrheit der parlamentarischen Opposition (Grüne, Linke und Sozialdemokraten) befürwortet eine Rückkehr zum vorhergehenden familienpolitischen Kurs mit der eindeutigen Unterstützung des Doppelversorgermodells.
- Die Geschichte der schwedischen Familienpolitik macht nicht nur deutlich, dass die Gestaltung der Familienpolitik das Potenzial hat, sich auf Verhaltensweisen und das Wohlergehen von Eltern auszuwirken, sondern auch, dass es vielleicht noch Jahrzehnte dauern wird, uralte geschlechterspezifische Ungleichheiten durch politische Reformen zu verändern.



Inhalt

Die Ausbauphase des Doppelversorgermodells von 1970 bis 2005	3
Neue Ausrichtung der Familienpolitik in den Jahren 2006 bis 2013	5
Die Inanspruchnahme der familienpolitischen Maßnahmen	6
Die auf das Doppelversorgermodell ausgerichteten Maßnahmen und ihre Auswirkungen	8
Zukünftige Herausforderungen für die schwedische Familienpolitik	11
Literatur	13

Schweden ist mittlerweile zum Sinnbild einer modernen Familien- und Gleichstellungspolitik geworden. Die dortige Gesetzgebung ermutigt Eltern zum Aufteilen sowohl der Erwerbsarbeit als auch der unbezahlten Sorgearbeit. (Doppelversorgermodell).

Die Ausrichtung der Politik hin zu diesem Doppelversorgermodell wurde ab Anfang der 1970er-Jahre schrittweise durch mehrere große familienpolitische Reformen verfestigt. Dazu gehörten der Ausbau von öffentlichen Ganztagsbetreuungseinrichtungen, die Verlängerung des Erziehungsurlaubs, eine sich an dem vorherigen Einkommen orientierende Lohnersatzleistung für Väter oder Mütter in Elternzeit, eine getrennte steuerliche Veranlagung der Ehegatten und eine Gesetzgebung zu Gunsten gemeinsamer Sorgerechtsansprüche, mit der bei einer Trennung der Eltern eine gemeinsame Verantwortung für die Kinder zum Normalfall wurde.

Dem Doppelversorgermodell, wie es in Schweden eingeführt wurde, wird eine ganze Reihe an Auswirkungen auf Verhaltensweisen, Einstellungen und auf das Wohlergehen von Eltern und Kindern zugeschrieben. Es hat sich gezeigt, dass derartige Maßnahmen die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familienleben für beide Elternteile verbessern, trotz hohem Beschäftigungsgrad von Frauen eine relativ hohe Geburtenrate sichern, zu einer stärkeren Beteiligung der Väter an der Kindererziehung führen und nicht zuletzt durch die Minderung des Armutsrisikos auch zum Wohlergehen des Kindes beitragen. Diese Ergebnisse haben weltweit das Interesse von politischen Entscheidungsträgern an der schwedischen Familienpolitik geweckt.

In den letzten Jahren wurde bei der Reformierung der schwedischen Familienpolitik und dem Ausbau des Doppelversorgermodells einer neuer Kurs eingeschlagen. Nach ihrem Sieg bei den schwedischen Parlamentswahlen von 2006 brachte die Mitte-Rechts-Koalition mehrere Reformen im Bereich der Familienpolitik auf den Weg und führte neue, teils divergierende Grundsätze für die Organisation der Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit in der Gesellschaft ein. Somit war das letzte Jahrzehnt durch eine neue politische Ausrichtung geprägt, die in erster Linie darauf abzielte, die Wahlfreiheit der Eltern auf kurze Sicht zu erweitern. Es wird kontrovers diskutiert, inwiefern diese Entwicklung eine grundsätzliche Neuorientierung in der Familienpolitik darstellt, die andere Auswirkungen als die bisherige Politik nach sich

ziehen wird. Die Politikforschung ist erst seit kurzem in der Lage, die Folgen dieser jüngeren familienpolitischen Reformen auf der individuellen Ebene und im Zusammenhang mit dem Funktionieren der Familienpolitik als Ganzes zu untersuchen.

In diesem Artikel werden wir nun zunächst die Entwicklung des Doppelversorgerprinzips in Schweden während seiner Ausbauphase nachzeichnen und die politischen Reformen der letzten Jahre diskutieren. Anschließend gehen wir darauf ein, inwiefern von dem Modell im Laufe der Jahre Gebrauch gemacht wurde sowie auf die wichtigsten gesellschaftlichen Auswirkungen dieser Politik. Abschließend weisen wir auf zukünftige Herausforderungen und mögliche Reformkurse der schwedischen Familienpolitik hin.

Die Ausbauphase des Doppelversorgermodells von 1970 bis 2005

Das am konsequentesten verfolgte Ziel der modernen schwedischen Familienpolitik war und ist die Förderung der Erwerbstätigkeit beider Elternteile. Anfangs ging es dabei in erster Linie darum, den Frauen eine Berufstätigkeit zu ermöglichen, aber nach und nach rückte immer mehr in den Vordergrund, auch die Männer dazu zu ermutigen, Verantwortung für die Kinderbetreuung zu übernehmen. Die Fokussierung auf gleichberechtigte Pflichten und Rechte von Müttern und Vätern kommt auch im konsistenten Gebrauch einer geschlechtsneutralen Sprache in der familienpolitischen Gesetzgebung zum Ausdruck, beispielsweise im Wort Elternurlaub. Die familienpolitischen Maßnahmen sind weitgehend auf den Einzelfall zugeschnitten und darauf ausgerichtet, dass beide Elternteile berufstätig sind. Als wesentliche Säulen gelten das sich nach dem vorherigen Einkommen richtende und für einen langen Zeitraum gezahlte Elterngeld, die erschwingliche öffentliche Ganztagsbetreuung für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres, die getrennte steuerliche Veranlagung der Ehepartner und die Gesetzgebung zum gemeinsamen Sorgerecht, mit dem die Rechte und Pflichten der Väter seit den späten 1970er-Jahren gestärkt wurden.

Als 1974 die sogenannte *Elternversicherung*, das an das *vorherige Einkommen gekoppelte Elterngeld*, eingeführt und anfangs für die ersten sechs Monate nach der Geburt des Kindes gewährt wurde, konnten sich die Eltern

nach eigenem Gutdünken die Elterntage aufteilen. In den 1980er-Jahren wurde diese Elternzeit mit Lohnersatz nach und nach auf ein ganzes Jahr verlängert. Darüber hinaus wurde für drei weitere Monate ein sehr niedriger Festbetrag gezahlt. Ab 1995 durfte dann nicht mehr der gesamte Erziehungsurlaub von einem Elternteil genommen werden, sondern der jeweils andere Elternteil musste einen Monat der Elternzeit mit Lohnersatz in Anspruch nehmen. Diese einem bestimmten Elternteil vorbehaltenen Zeit (in Schweden als »Papa-« bzw. »Mama-Monat« bezeichnet) wurde 2002 auf zwei Monate erhöht. Seit 2002 beträgt die Elternzeit insgesamt 16 Monate, von denen 13 Monate lang eine steuerpflichtige Lohnersatzleistung von 80 Prozent des vorhergehenden Bruttoverdienstes gewährt wird. Die meisten Eltern erfüllen die Voraussetzung, vor dem Erziehungsurlaub mindestens 240 Tage gearbeitet zu haben, und haben daher einen Rechtsanspruch auf diesen Lohnersatz. Eltern, die diese Anspruchsvoraussetzung nicht erfüllen, erhalten einen niedrigen Festbetrag von zurzeit 225 Schwedischen Kronen (SEK, knapp 26 Euro) pro Tag. Darüber hinaus stehen einer Mehrheit der Beschäftigten während des Elternurlaubs tarifvertragliche Zusatzleistungen von ihren Arbeitgebern zu.

Aufgrund gesetzlich festgeschriebener Rechte, den Erziehungsurlaub flexibel zu nutzen, ist es möglich, ihn bei geringerem Lohnersatz auf einen längeren Zeitraum als 16 Monate auszudehnen. Diese Möglichkeit wird häufig in Anspruch genommen, sodass die Kinder in der Regel erst ab dem Alter von anderthalb Jahren in eine Ganztagsbetreuung gegeben werden (Duvander 2006). Meist sind es die Frauen, die diese verlängerte Elternzeit mit reduziertem Elterngeld in Anspruch nehmen. Es ist auch möglich, einen Teil dieser Elternzeit für verlängerte Sommerferien oder eine Reduzierung der Arbeitsstunden während der Vorschuljahre des Kindes aufzusparen. Der Erziehungsurlaub kann so auf verschiedene Arten genutzt werden, wobei sich viele kurze Zeiträume möglicherweise anders auswirken als ein zusammenhängender längerer Zeitraum. Je nachdem, wie über den Erziehungsurlaub verfügt wird, ändern sich vermutlich die Folgen für den Arbeitgeber, die zukünftige berufliche Karriere und eine weitere Aufteilung der Erziehungsarbeit. Außerdem besteht bei Krankheit des Kindes ein Anspruch auf vorübergehende Lohnersatzleistungen in

Höhe des Elterngelds, was die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kindern noch weiter fördert.¹

Öffentliche Ganztagsbetreuungseinrichtungen für Kinder werden in Schweden seit vier Jahrzehnten immer weiter ausgebaut. Mit mehreren Reformen wurden auch die pädagogischen Ansprüche der Betreuungseinrichtungen erhöht und das Recht auf einen Platz in öffentlichen Einrichtungen für alle Kinder garantiert (auch bei Arbeitslosigkeit der Eltern). Im Jahr 2002 wurden niedrige Gebührenobergrenzen für öffentlich finanzierte Kinderbetreuung eingeführt, womit die meisten zuvor bestehenden regionalen Unterschiede bei den Gebühren und Verfügbarkeiten von Plätzen beseitigt wurden.² Auch wenn im letzten Jahrzehnt die Art der Kinderbetreuungseinrichtungen vielfältiger geworden ist (beispielsweise von Elterninitiativen oder anderen Organisationen getragene Kitas oder privat geführte Ganztagszentren) werden all diese Einrichtungen staatlich gefördert und sind an ein zentral festgelegtes Bildungsprogramm und weitere geltende Vorschriften gebunden. In den schwedischen Betreuungseinrichtungen arbeitet fast ausnahmslos für die Kinderbetreuung ausgebildetes Personal. Etwa 60 Prozent der Lehrer und Lehrerinnen im Vorschulbereich haben ein dreijähriges Hochschulstudium absolviert, der Rest des Fachpersonals verfügt über einen Ausbildungsabschluss als Erzieher oder Erzieherin (Skolverket [schwedische nationale Bildungsbehörde] 2006).

Im schwedischen *Lohn- und Einkommensteuersystem* wurden die negativen Anreize für Doppelverdiener-Haushalte mit einer Reihe von Reformen beseitigt. Die erste und größte Reform von 1971 war die Einführung einer getrennten steuerlichen Veranlagung von Ehepartnern. Es dauerte jedoch noch bis in die frühen 1990er-Jahre, bis die Steuerermäßigungen für einen wirtschaftlich abhängigen Ehepartner ausgelaufen waren, dass die Individualbesteuerung voll und ganz Anwendung fand. Eine Auswirkung der getrennten Veranlagung in Kombination mit einer Steuerprogression ist, dass es für Familien wirtschaftlich vorteilhafter ist, zwei niedrigere Verdienste zu haben als ein einzelnes höheres Einkommen (des Mannes).

1. Bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres des Kindes haben die Eltern pro Jahr und Kind Anspruch auf 120 Tage Krankengeld.

2. Die Gebühren wurden auf eine Obergrenze von 3 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens für das erste Kind, auf 2 Prozent für das zweite Kind und auf 1 Prozent für das dritte Kind festgesetzt.

Die *Rechte und Pflichten des Vaters* bei der Kinderbetreuung werden hauptsächlich durch das Sorgerecht und den individuellen Anspruch auf Erziehungsurlaub durchgesetzt. In den frühen 1970er-Jahren war das gemeinsame Sorgerecht bei Trennungen und Scheidungen keineswegs die Regel. Im Streitfall mussten die Gerichte ein Urteil fällen und einem Elternteil das alleinige Sorgerecht zusprechen. Für unverheiratete und geschiedene Paare wurde das gemeinsame Sorgerecht erstmals 1977 ermöglicht, aber auch nach dieser Reform gab es noch einen relativ großen Spielraum, das gemeinsame Sorgerecht in Frage zu stellen und das alleinige Sorgerecht für das Kind zu beanspruchen. In diesen Fällen wurde in der Regel der Mutter das alleinige Sorgerecht zugesprochen. Die neue Gesetzgebung zum Sorgerecht von 1998 erteilte den Gerichten die Befugnis, auch gegen den Willen eines Elternteils ein gemeinsames Sorgerecht anzuordnen. Die Aufgabe, die Eltern zu einer freiwilligen Vereinbarung über das Sorgerecht und den Aufenthalt des Kindes zu bringen, obliegt in erster Linie den Sozialbehörden, sodass sich die Gerichte nur in den seltenen Fällen, in denen keine Einigung zu erzielen ist, mit diesen Fragen beschäftigen müssen (Schiratzki 1999). Darin spiegelt sich eine stärkere Betonung der geteilten Verantwortung der Eltern wider, sich über das Wohl der Kinder zu verständigen. Heute ist bei Scheidungen der Eltern das gemeinsame Sorgerecht der Normalfall.³ Im Jahr 2005 wurde das Gesetz zum gemeinsamen Sorgerecht allerdings noch einmal verändert, um die Möglichkeiten für einen Elternteil zu stärken, das alleinige Sorgerecht zu erhalten, wenn der andere Elternteil seinen Pflichten nicht nachkommt. Zum Teil als Konsequenz dieser Reform hat sich die Zahl der Streitfälle, über die gerichtlich entschieden werden musste, in den letzten Jahren verdoppelt (Rejmer 2013).

Neue Ausrichtung der Familienpolitik in den Jahren 2006 bis 2013

Die derzeit regierende Mitte-Rechts-Koalition kam 2006 nach zwölf Jahren ununterbrochener sozialdemokratischer Regierungen an die Macht. Im Wahlkampf hatte die Koalition eine Reihe familienpolitischer Reformen

angekündigt, unter anderem eine Bonuszahlung bei gleichmäßigerer Aufteilung der Elternzeit mit Lohnersatzleistung zwischen beiden Elternteilen (Gleichstellungsbonus), einen Festbetrag für die Kinderbetreuung zu Hause, ein Gutscheinsystem bei der Ganztagsbetreuung, höhere pädagogische Ansprüche in öffentlichen Ganztagsbetreuungseinrichtungen und die steuerliche Absetzbarkeit der Kosten für Haushaltshilfen. Von einigen dieser Reformen ist zu erwarten, dass sie das Doppelversorgerprinzip weiter stärken, andere lassen mehr Raum für Marktkräfte und eine traditionellere Familienorientierung.

Von den vorgeschlagenen Reformen wurde 2007 als erstes die steuerliche Absetzbarkeit von Kosten für Haushaltshilfen eingeführt. Bis zu einer ziemlich hohen Obergrenze können 50 Prozent dieser Kosten von der Steuer abgesetzt werden. Genutzt wird der Steuerabzug in der Regel für Putzarbeiten, kann aber auch für Babysitter geltend gemacht werden. Mit dieser Reform sollten zum einen die Familien unterstützt werden, in denen beide Elternteile karriereorientiert sind und Vollzeit arbeiten wollen, zum anderen sollte damit aber auch ein offizieller Arbeitsmarkt für Dienstleistungen im Pflege- und Betreuungsbereich geschaffen werden. Kritiker der Reform weisen darauf hin, dass vorwiegend Haushalte mit hohem Einkommen von dieser Möglichkeit profitieren würden und dass gleichzeitig ein Arbeitsmarkt für gering qualifizierte und schlecht bezahlte Hausangestellte entstünde.

Im Juli 2008 wurden zwei neue Reformen für Eltern von Kleinkindern eingeführt: der Gleichstellungsbonus und das Betreuungsgeld. Beide sind Ergebnis eines politischen Kompromisses aufgrund gegensätzlicher Interessen in der Mitte-Rechts-Regierung, vor allem von Christdemokraten (Kristdemokraterna) und Liberalen (Folkpartiet liberalerna). Die Christdemokraten haben wie mehrere ihrer europäischen Schwesterparteien schon seit Jahrzehnten ein Betreuungsgeld befürwortet, das Eltern (Müttern) gezahlt wird, die ihre Kinder zu Hause versorgen, statt arbeiten zu gehen und öffentliche Kinderbetreuung in Anspruch zu nehmen. Die Partei der Liberalen hat sich dagegen schon lange für eine größere Geschlechtergerechtigkeit und für Maßnahmen zur Unterstützung des Doppelversorgerprinzips eingesetzt.

Der im Juli 2008 eingeführte Gleichstellungsbonus sollte einen Anreiz für eine gleichmäßigere Aufteilung des Erziehungsurlaubs schaffen. Diese Reform steht noch am

3. In diesem Zusammenhang wurde es kürzlich mit einer weiteren Reform ermöglicht, bei getrennt lebenden Eltern das Kindergeld zu teilen, statt es nur der Mutter zu überlassen. Das erfordert aber das Einverständnis beider Elternteile, sodass die Mutter immer noch gegen diese Entscheidung Einspruch erheben kann.

ehosten im Einklang mit der schwedischen familienpolitischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Der Bonus berechtigt Eltern, die den Elternurlaub gleichmäßig aufteilen, zu einer Steuerermäßigung von 100 SEK (knapp 11,50 Euro) pro Tag. Der Bonus kann für alle aufteilbaren Elterntage mit Lohnersatz geltend gemacht werden – also für neun der insgesamt 13 Monate, denn jedem Elternteil sind jeweils zwei Monate unübertragbar vorbehalten. Wird der Erziehungsurlaub gleichmäßig zwischen Mutter und Vater aufgeteilt, erhält die Familie ein Maximum von 13 500 SEK (etwa 1 550 Euro). Vor allem für Familien, bei denen Vater und Mutter eher niedrige und mittlere Einkünfte haben, lohnt es sich, die Elternzeit gleichmäßiger aufzuteilen. Aber der Gleichstellungsbonus ist gleich in mehrfacher Hinsicht auf Kritik gestoßen: Die Zahlung wurde erst im folgenden Steuerjahr geleistet, die Familie musste nachweisen, dass der jeweils andere Elternteil berufstätig war, und der Bonus musste extra beantragt werden, wobei das Beantragungsverfahren als viel zu kompliziert galt. Im Jahr 2012 wurde er dahingehend vereinfacht, dass er seither ohne Beantragung sofort im Zuge des Erziehungsurlaubs ausbezahlt wird. Auch die Voraussetzung, dass der nicht im Erziehungsurlaub befindliche Elternteil berufstätig sein muss, wurde abgeschafft.

Das Betreuungsgeld ist eine steuerfreie Leistung von 3 000 SEK (etwa 344 Euro) monatlich, die nach Ablauf des Anspruchs auf Elternzeit mit Lohnersatzleistungen gewährt wird. Es wird denjenigen Eltern gezahlt, die sich noch länger zu Hause um ihre Kinder kümmern und sie erst später in eine Kinderbetreuungseinrichtung geben. Diese Maßnahme ist zwar in geschlechtsneutralen Begriffen formuliert und es steht beiden Elternteilen zu, die Elternzeit auf diese Weise zu verlängern, aber damit werden eindeutig eher traditionelle Familienmuster unterstützt, bei denen die Frau nur Teilzeit arbeitet oder ganz zu Hause bleibt. Für das Betreuungsgeld ist es nicht Voraussetzung, zuvor berufstätig gewesen zu sein, es kann aber nicht mit anderen Transferleistungen wie Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe für einen der Elternteile kombiniert werden. Alleinerziehende können das Betreuungsgeld in Anspruch nehmen, es ist aber zu niedrig, um ein ausreichendes Einkommen zu garantieren und diese Haushalte aus der Bedürftigkeit herauszuholen. Den Kommunen steht es frei, das Betreuungsgeld einzuführen. Bisher haben dies hauptsächlich Kommunen mit einer Mitte-Rechts-Mehrheit getan.

Des Weiteren wurden die Unter- und Obergrenzen des Elterngeldes geändert. Der Festbetrag betrug bis Juli 2006 lediglich 60 SEK (etwa 6,50 Euro), wurde seitdem aber schrittweise auf den heutigen Betrag von 225 SEK (knapp 26 Euro) angehoben, worin sich zum Teil widerspiegelt, dass dieser Betrag über Jahre nicht an die Lohn- und Preiserhöhungen angeglichen worden war. Eine Anhebung der Untergrenze bei der Elternversicherung erhöht die Leistungen für den nicht arbeitenden Elternteil, schwächt aber den Anreiz zu arbeiten, bevor man Kinder bekommt. Die Bemessungsobergrenze blieb in den 1990er-Jahren unverändert, sodass ein immer größerer Anteil der Eltern in der Praxis weniger als 80 Prozent ihrer früheren Bezüge erhielt. Die Höchstgrenze wurde 2006 vom 7,5-Fachen auf das 10-Fache des sogenannten Preisbasisbetrags (*prisbasbelopp*) angehoben. Seitdem kommt ein größerer Teil der Eltern auf 80 Prozent ihres zuvor erzielten Einkommens, insbesondere Väter, die in der Regel höhere Einkommen haben.⁴ Mit dieser Anhebung sollten die wirtschaftlichen Gründe minimiert werden, die dafür verantwortlich sind, dass der Erziehungsurlaub nicht gleichmäßig zwischen den Geschlechtern aufgeteilt wird.

Die Inanspruchnahme der familienpolitischen Maßnahmen

Auch wenn Väter mit Einführung des Programms formal denselben Anspruch auf die Elternversicherung hatten wie Mütter, wurde Mitte der 1970er-Jahre nur ein sehr kleiner Teil aller Elterntage von Vätern genommen. Die Verlängerung des Erziehungsurlaubs in den 1980er-Jahren trug dazu bei, dass Väter mehr Tage davon in Anspruch nahmen. Der von den Vätern genutzte Anteil stieg stetig an und betrug 2012 etwa ein Viertel aller Tage (siehe Abb. 1). Wenn Eltern die Elternzeit über den insgesamt möglichen Zeitraum von acht Jahren verteilen, nehmen praktisch alle Mütter und fast neun von zehn Vätern die Elternversicherung in Anspruch.⁵ Die Väter nutzen durchschnittlich 91 Tage des Erziehungsurlaubs

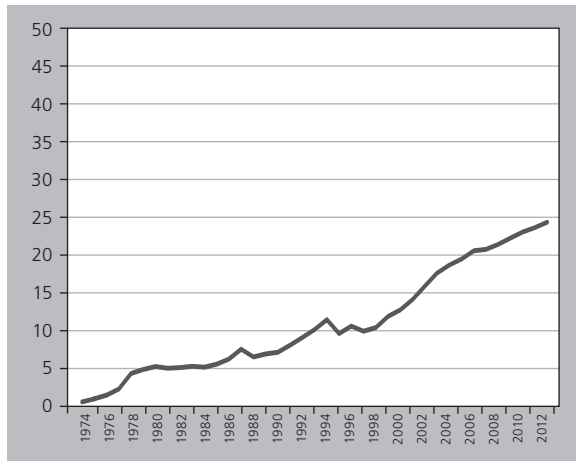
4. Der Preisbasisbetrag wird zur Anpassung der Sozialleistungsberechnungen an die Inflation benutzt und entspricht 2013 einem Jahresbetrag von 44.500 SEK (5.105 Euro).

5. Die bezahlte Elternzeit wird häufig noch durch gewerkschaftlich ausgehandelte tarifvertragliche Zusatzleistungen der Arbeitgeber ergänzt. In Schweden ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad hoch und Ergänzungen zu gesetzlich festgelegten Maßnahmen waren häufig Bestandteil von Tarifverhandlungen (Sjögren Lindquist und Wadensjö 2007).



(Försäkringskassan [Schwedische Sozialversicherungsbehörde] 2012a).

Abb. 1. Anteil der Väter an den Elterntagen in Prozent.



Zu einer wesentlichen Veränderung kam es 1995 mit der Einführung des »Papa-Monats«. Davor hatten 44 Prozent der Väter in den ersten zwei Jahren nach der Geburt des Kindes einen Teil des Erziehungsurlaubs genommen. Dieser Anteil stieg 1995 auf 77 Prozent. Der von Vätern genommene Anteil an der Elternzeit erhöhte sich unmittelbar nach der Einführung des dem Vater vorbehaltenen Monats um zehn Tage und nach Einführung des zweiten Vatermonats um weitere sieben Tage. Mit der Einführung des Gleichstellungsbonus änderte sich jedoch nichts an der Aufteilung des Erziehungsurlaubs zwischen Müttern und Vätern (Duvander und Johansson 2012). Es stellten ohnehin nur wenige der Anspruchsberechtigten einen Antrag auf diese Leistung. Vermutlich weil das Verfahren zu kompliziert und die Antragsfristen zu kurz waren (Försäkringskassan [Schwedische Sozialversicherungsbehörde] 2010). Insgesamt ist ein langsamer, aber steter Trend zu verzeichnen, dass die Väter einen immer größeren Anteil der Elternzeit in Anspruch nehmen. Diese Entwicklung hat sich auch nach Einführung des Bonus unverändert fortgesetzt.

Auch wenn die Gleichstellung der Geschlechter beim Erziehungsurlaub stetig zunimmt, geht der Anteil der Väter, die gar keinen Erziehungsurlaub nehmen, nicht zurück. In dieser Gruppe von Vätern sind diejenigen mit niedrigem oder gar keinem Einkommen überrepräsentiert. Ihnen würden natürlich nur sehr geringe Lohnersatzleistungen zustehen, wenn Sie in den Erziehungsurlaub gingen, wes-

halb sie keinen Grund sehen, dies zu tun. Möglicherweise ist ihnen auch gar nicht bekannt, dass auch Eltern ohne Einkommen ein Anrecht auf die Elternversicherung haben. Auch bei befristeten Elterntagen scheint die Aufteilung zwischen den Geschlechtern ziemlich stabil zu sein. Hier nutzen die Väter etwas mehr als ein Drittel der Zeit. Zudem sollte darauf hingewiesen werden, dass Männer durchschnittlich immer noch beträchtlich höhere Leistungen pro Tag erhalten als Frauen. Dies kann teilweise damit erklärt werden, dass in Schweden viele Männer, die über kein oder nur ein geringes Einkommen verfügen, keine Elternzeit/Vätermonate nehmen, wodurch sie in der Statistischen Berechnung der durchschnittlichen Leistung nicht auftauchen. Darüber hinaus verfügen Väter oftmals über eine höhere zeitliche Flexibilität bei der Wahl der Elternzeit, da sie diese nicht, wie viele Mütter, direkt an die Geburt des Kindes anschließen müssen. In einigen Gruppen von Frauen ist der Anteil derer bemerkenswert hoch, die lediglich Leistungen in Höhe des niedrigen Festbetrags beziehen. Beispielsweise erhalten von den aus Afrika südlich der Sahara stammenden Müttern zwei Drittel den Festbetrag (Försäkringskassan [Schwedische Sozialversicherungsbehörde] 2012b). Es gibt nur wenige Anzeichen dafür, dass sich diese Unterschiede in absehbarer Zeit verringern werden, was angesichts der niedrigen Beschäftigungsraten und des hohen Armutsrisikos in mehreren Immigrantengruppen ein großes Problem darstellt. Die Anhebung der Untergrenze des Elterngelds könnte bedeuten, dass einige Familien, in denen der andere Elternteil arbeitet, aus der Sozialhilfe herausfallen. Gleichzeitig ist aber die Motivation, während des Erziehungsurlaubs nach einer Arbeitsstelle zu suchen, nicht sonderlich groß. Außerdem haben Eltern im Erziehungsurlaub nur ein begrenztes Anrecht auf Unterstützung bei der Arbeitssuche. Diese könnte aber insbesondere für neu ankommende Immigranten sehr wichtig sein (SOU [von einer öffentlichen Untersuchungskommission der schwedischen Regierung veröffentlichter Untersuchungsbericht] 2012).

Seit den 1970er-Jahren ist der Anteil der Kinder gestiegen, die ganztätig in öffentlich finanzierten Einrichtungen betreut werden. Und seit jedes Kind im Vorschulalter einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung hat, ist diese zu einem zentralen Teil im Leben der meisten Kinder geworden. Im Jahr 2012 waren 84 Prozent aller Kinder im Alter von einem bis fünf Jahren in öffentlichen Betreuungseinrichtungen; bei den einjährigen Kindern lag der Anteil bei 49 Prozent, bei den fünfjährigen bei

95 Prozent (Skolverket [schwedische nationale Bildungsbehörde], siehe www.skolverket.se).

Bis heute hat etwa ein Drittel der schwedischen Kommunen das Betreuungsgeld eingeführt, darunter auch die Stadt Stockholm. Diese Leistung wurde in den ersten Jahren nur sehr begrenzt in Anspruch genommen, was sich inzwischen etwas geändert hat: Im Jahr 2011 wurde das Betreuungsgeld für 2,5 Prozent aller Kinder zwischen einem und drei Jahren beantragt, was 4,7 Prozent aller Kinder in den Kommunen entspricht, in denen es angeboten wird. Der Bezug von Betreuungsgeld ist in den südlichen Kommunen mit kleinen privaten Herstellungsbetrieben und in den Vororten Stockholms mit hohem Immigrantanteil am höchsten (Duvander und Cedstrand 2013). Es wurde und wird mit dem Ausscheiden weiblicher Arbeitskräfte aus dem Arbeitsmarkt, langfristigem Anstieg der Armutsraten und der weiteren Marginalisierung von Randgruppen wie Frauen mit geringer Bildung und Migrationshintergrund in Verbindung gebracht (Ellingsaeter 2012). In den nordischen Ländern ist es in Norwegen und Finnland am weitesten verbreitet, wobei das vor allem in Norwegen einem Mangel an Betreuungsplätzen zugeschrieben wird. Da ein früher Beginn der Ganztagsbetreuung soziale und intellektuelle Fähigkeiten fördert, gibt die Unterrepräsentation bestimmter Gruppen in der Ganztagsbetreuung Anlass zur Sorge (Ellingsaeter, 2012). Allgemein gilt, dass das Betreuungsgeld den Eltern die Entscheidungsfreiheit für eine Betreuungsart ermöglicht, aber sowohl der Mangel an Betreuungsplätzen als auch Probleme am Arbeitsmarkt lassen den Frauen in der Praxis oft keine andere Wahl, als zu Hause zu bleiben.

Die Entwicklung des gemeinsamen Sorgerechts zum Standard hat dazu beigetragen, dass für einen größeren Anteil der Kinder das gemeinsame Sorgerecht der Eltern nach der Trennung auch in ein physisches Sorgerecht übergegangen ist, d. h. die Kinder verbringen die Hälfte der Zeit bei ihrer Mutter und die andere Hälfte bei ihrem Vater (Statistiska centralbyrån [statistisches Zentralamt] 2007). Im Jahr 2006 lebten 28 Prozent aller Kinder zur Hälfte beim Vater und zur Hälfte bei der Mutter und weitere 10 Prozent lebten hauptsächlich oder ausschließlich beim Vater. Kinder, deren Eltern nach der Trennung ein gemeinsames physisches Sorgerecht ausüben, scheinen im Vergleich zu Kindern, die permanent bei einem Elternteil leben, psychisch gesünder zu sein, weniger von

Mitschülern schikaniert zu werden und weniger unter Stress zu leiden (Turunen 2013).

Die wenigen Hinweisen darüber, inwieweit von der steuerlichen Absetzbarkeit der Kosten für Haushaltsdienstleistungen Gebrauch gemacht wird, lassen auf eine mäßige, aber allmählich steigende Nutzung dieser Regelung schließen. Im Jahr 2010 setzten etwa 4 Prozent der Haushalte diese Kosten von der Steuer ab. Während im untersten Einkommensviertel nur 1,6 Haushalte mit minderjährigen Kindern von der Absetzbarkeit Gebrauch machen, ist dies in den Haushalten im obersten Einkommensviertel zehnmal so gebräuchlich. Letztgenannte Gruppe ist für etwa zwei Drittel der insgesamt abgesetzten Beträge verantwortlich (Statistiska centralbyrån [statistisches Zentralamt] 2011). Aus einer jüngeren Studie geht hervor, dass diese Steuerregelung sich möglicherweise positiv auf die Verdienstmöglichkeiten von Frauen auswirken könne (Halldén und Stenberg 2013). Die Absetzbarkeit der Kosten für Haushaltshilfen hat in bestimmten Bereichen des Dienstleistungssektors zu erhöhter Nachfrage geführt, aber Studien weisen auch darauf hin, dass die Absichten hinter der Reform, nämlich die Zahl der offiziellen Arbeitsplätze zu erhöhen, nicht sonderlich erfolgreich verwirklicht werden konnten (Gavanas 2010). Insgesamt scheint es, dass mit der Reform insbesondere die Karrieremöglichkeiten von Besserdienern gefördert wurden.

Die auf das Doppelversorgermodell ausgerichteten Maßnahmen und ihre Auswirkungen

Schwedens Familienpolitik wird häufig dafür gelobt, dass sie die Möglichkeiten für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie geschaffen habe. Eine steigende Zahl an Studien untersucht die verschiedenen Folgen spezifischer Maßnahmen auf der Mikro- und der Makroebene. Die Ansätze zur Analyse der Zusammenhänge zwischen den Maßnahmen und den Auswirkungen sind jedoch nicht offensichtlich, und es ist zu beachten, dass es manchmal schwierig ist, die kausalen Effekte von bestimmten Maßnahmen und ihren spezifischen Folgen abzugrenzen. Das hat mehrere Gründe. Einer ist, dass die Haupteffekte solcher Maßnahmen sich erst langfristig auf Verhaltensweisen auswirken, vor allem wenn es um Maßnahmen geht, die auf das Geschlechterrollenverhalten einwirken. Ein weiterer Grund ist das manchmal komplexe Wechselspiel zwischen verschiedenen Maß-

nahmen und ihren Mehrfachauswirkungen auf Verhaltensweisen. Man muss sich bewusst sein, dass diese Art von Wechselwirkungen und indirekten Auswirkungen in den wenigen vorhandenen Studien nicht berücksichtigt werden, weil diese Studien die direkten Auswirkungen bestimmter Maßnahmen erforschen wollten (siehe zum Beispiel Ekberg et al. 2012, Duvander und Johansson 2012). Im Folgenden geben wir einen kurzen Überblick über frühere Untersuchungen zu den Zusammenhängen zwischen Familienpolitik und Ergebnissen, für die sie gelobt wird: der hohe Anteil von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die Kinderbetreuung durch Väter, die relativ hohe Geburtenrate und das Wohlergehen von Kindern.

Es hat sich wiederholt gezeigt, dass Länder mit Doppelversorgermodellen ein beträchtlich höheres Maß an weiblicher Beschäftigung aufweisen als Wohlfahrtsstaaten mit anderen familienpolitischen Modellen. Von der schwedischen Familienpolitik wird häufig angenommen, sie stimuliere sowohl die Geburtenrate als auch die bezahlte Arbeit von Frauen, nicht zuletzt durch die Reduzierung der Kosten, die Kinder verursachen (Ferrarini 2006). Die Berufstätigkeit von Frauen stieg von etwa 50 Prozent Mitte der 1960er-Jahre auf über 80 Prozent in den frühen 1990er-Jahren, als die Erwerbsquote bei den Frauen fast genauso hoch wie bei den Männern war. Die zwischenstaatlichen Unterschiede in der Teilnahme am Arbeitsmarkt sind bei Frauen mit Kindern und niedrigem oder mittlerem Bildungsgrad am größten – also bei Gruppen, die in dieser Hinsicht vom Doppelversorgerprinzip profitieren (Korpi et al. 2013). Ein bezahlbares öffentliches Betreuungsangebot auch für die jüngsten Kinder hat sich in den nordischen Ländern auch als positiver Faktor für die Beschäftigungsrate von Müttern erwiesen (Kangas und Rostgard 2007). Die Einführung einer Gebührenobergrenze für Kinderbetreuung in Schweden schien allerdings keine langfristigen Auswirkungen auf die Erwerbsquote von Frauen gehabt zu haben (Lundin et al. 2007), was vielleicht damit zu tun hat, dass ohnehin schon viele Kinder in diese Betreuungseinrichtungen gegeben wurden.

Immer mehr Studien weisen auf mögliche ungewollte negative Auswirkungen des Doppelversorgerprinzips auf die Karrierechancen von Frauen hin. Da ein großer Anteil von schlecht ausgebildeten Frauen und mit wenig Aufstiegsperspektiven in Beschäftigungen im öffentlichen Sektor strebe, sei anzunehmen, dass es in Ländern, die eigentlich eine Gleichstellung der Geschlechter anstre-

ben, auf den Arbeitsmärkten zu einer zunehmenden Geschlechtertrennung gekommen sei und eine statistisch erfassbare Benachteiligung von Frauen durch die Arbeitgeber das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern auch auf höheren Einkommensstufen vergrößere (Mandel und Semyonov 2006). Es stellte sich jedoch heraus, dass in mehreren der früheren Analysen dieser Effekte voreilige Schlüsse über die Zusammenhänge zwischen politischen Maßnahmen, die auf eine Gleichstellung der Geschlechter abzielen, und Karrierechancen von Frauen gezogen wurden, hauptsächlich weil sich die Analysen auf berufstätige Frauen beschränkten. Der Einbezug von Frauen in die Analyse, die gerade nicht am Arbeitsmarkt teilnehmen, verwischt sowohl die Unterschiede in der Repräsentation von Frauen in den Positionen mit Spitzengehältern als auch die Geschlechtertrennung am Arbeitsmarkt. Beispielsweise liegt die Wahrscheinlichkeit, dass eine Frau im erwerbsfähigen Alter im höchsten Einkommensfünftel ist, in Schweden wie in den meisten reichen Ländern bei etwa 10 Prozent (Korpi et al. 2013). Diese letztgenannten Ergebnisse weisen darauf hin, dass das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern von anderen Faktoren bedingt wird als der Familienpolitik in den jeweiligen Ländern. Für Schweden wurde aber deutlich, dass sich für Frauen, die einen längeren Erziehungsurlaub nehmen, die beruflichen Aufstiegschancen verschlechtert haben, wenn sie auf den Arbeitsmarkt zurückkehren (Evertsson und Duvander 2010).

Die Maßnahmen ermutigen zwar die Väter, einen längeren Erziehungsurlaub zu nehmen, aber es ist auch interessant zu untersuchen, ob dieser Erziehungsurlaub langfristige Auswirkungen auf die zukünftige Vater-Kind-Beziehung hat. Es scheint sich herauszustellen, dass sich später ein engeres Verhältnis zwischen Vater und Kind entwickelt, wenn der Vater am Erziehungsurlaub beteiligt war (Haas und Hwang 2008), und es auch in den Fällen, in denen der Vater sich von der Mutter trennt und nicht mit seinen Kindern lebt, zu einem kontinuierlicheren Kontakt zwischen Vater und Kindern kommt. Zudem scheinen Väter, die Erziehungsurlaub nahmen, auch weniger Stunden zu arbeiten, wenn das Kind älter geworden ist (Duvander und Jans 2009). Es ist daher anzunehmen, dass sich die Muster des väterlichen Erziehungsurlaubs auch auf andere Aspekte der männlichen Betreuungsarbeit auswirken.

Während die Geburtenrate in vielen europäischen Ländern rückläufig ist, blieb sie in Schweden relativ hoch,

was häufig auf die Familienpolitik des Doppelversorgermodells zurückgeführt wird (Neyer und Andersson 2007). Aus vergleichenden Studien über die Zusammenhänge von familienpolitischen Transferleistungen und Schwangerschaften geht hervor, dass die auf eine Gleichstellung der Geschlechter abzielenden Maßnahmen gleichzeitig die Geburtenrate und die Erwerbsquote von Frauen erhöhen können (Ferrarini 2003). Nach einem Absinken der Geburtenziffer im Gefolge der Finanzkrise in den 1990er-Jahren betrug sie in Schweden im letzten Jahrzehnt fast 1,9 Kinder pro Frau, während sie in den meisten kontinentaleuropäischen Ländern erheblich darunter liegt (in Deutschland lag die entsprechende Ziffer beispielsweise bei etwa 1,4). Es wurde eine positive Korrelation zwischen dem Einkommensniveau von Männern und Frauen und der Entscheidung für Nachwuchs festgestellt. Das ist vermutlich eine Folge der an das frühere Einkommen gekoppelten Elternversicherung. Es könnte auch ein Zusammenhang zwischen der zunehmenden Gleichstellung der Geschlechter im Haushalt und der Geburtenrate geben. Eine positive Assoziation wurde auch zwischen der Nutzung des Erziehungsurlaubs durch den Vater und weiterem Familienzuwachs gefunden (Duvander und Andersson 2006). Gründe dafür sind möglicherweise die geteilte elterliche Verantwortung, die eine höhere Kinderzahl erleichtert, die zunehmende Kinderorientiertheit der Väter oder ein Selektionseffekt in Bezug auf den Erziehungsurlaub unter den Vätern. Sehr wahrscheinlich wirkt sich hier eine Kombination der erwähnten Gründe aus.

Das immer weitere Hinausschieben des ersten Kindes, das zum Teil auf eine längere Bildungs- und Ausbildungszeit zurückzuführen ist, aber auch durch die Voraussetzung einer Beschäftigung für den Anspruch auf Elternversicherung bedingt ist, gibt Anlass zur Sorge, weil sich dadurch der Zeitraum der Gebärfähigkeit verkürzt und damit auch die Anzahl der Kinder, für die eine Frau sich entscheidet. Angesichts des Rückgangs der Gebärfähigkeit mit dem Alter erhöht sich womöglich die Notwendigkeit der medizinisch unterstützten Reproduktion. Diese ist kostspielig und mit Gesundheitsrisiken für Mutter und Kind verbunden. Das Hinausschieben des Kinderkriegens könnte zu einer zunehmenden Kinderlosigkeit in der Gesellschaft führen. Es scheint aber, dass die höchste Kinderlosigkeitsrate während der fruchtbaren Jahre nicht in Ländern auftritt, in denen das Familienmodell der Doppelversorgung zu finden ist, und in Schweden nimmt die Kinderlosigkeit offensichtlich nicht zu. Dort ist es trotz

des Hinausschiebens des ersten Kindes immer noch die Norm, zwei Kinder zu bekommen.

Ein wesentliches Ziel der schwedischen Familienpolitik war und ist eine größere Gendergerechtigkeit, ohne dabei das Wohlergehen der Kinder aufs Spiel zu setzen. Ein wichtiger und relativ einfach zu erfassender Aspekt des Wohlergehens ist die ökonomische Situation von Haushalten mit Kindern. Das Doppelversorgermodell wirkt sich wahrscheinlich auf zweifache Weise auf das Familieneinkommen aus: Direkt durch Umverteilungsmaßnahmen, wie die an das vorherige Einkommen gekoppelten Transferleistungen, und durch die höheren Verdienste, die der Unterstützung durch das familienpolitische Modell geschuldet sind, das eine Erwerbstätigkeit beider Elternteile ermöglicht. Es wurde gezeigt, dass Schweden und andere Länder mit sehr entwickelten Doppelversorgermodellen auch die niedrigsten Quoten relativer Armut von Haushalten mit Kindern aufweisen (Kangas und Palme 2000; Bäckman und Ferrarini 2010). Allerdings könnte sich für Eltern, die Schwierigkeiten haben, auf den Arbeitsmarkt zu kommen, der lange Erziehungsurlaub tatsächlich als Erschwernis erweisen. Armut kann erhebliche langfristige Auswirkungen auf den Lebensweg haben (Bäckman und Nilsson 2011) und kann auch die Wahlfreiheitsfähigkeit werdender Eltern beeinträchtigen (Ferrarini 2006). In den letzten Jahren ist deutlich geworden, dass das Einkommensgefälle in Schweden immer größer wird und dass insbesondere junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund hinterherhinken (Försäkringskassan [Schwedische Sozialversicherungsbehörde] 2012).

Ein anderer wichtiger Aspekt des Wohlergehens von Kindern ist die Zeit, die sie mit ihren Eltern und in öffentlicher Ganztagsbetreuung verbringen. Ob die Zeit mit den Eltern vorzuziehen ist, hängt von der Qualität der elterlichen Betreuung gegenüber der Qualität der außerhäuslichen Kinderbetreuung ab. Brooks-Gunn (2003) stellt fest, dass sich eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung positiv auf die Leistungen in der späteren Kindheit auswirken; insbesondere bei Kindern mit weniger privilegiertem Hintergrund wirkt sie sich positiv auf die Leistungen in der Schule aus. Studien über die Entscheidung von Eltern in Schweden zwischen Beruf und Familie können den Gedanken nicht bestätigen, dass Eltern die außerhäusliche Betreuung ihrer Kinder als Ersatz für ihre eigene Zeit mit den Kindern sehen. Außerdem sind zwischen Familien mit und ohne außerhäusliche Kinder-

betreuung keine signifikanten Unterschiede in Bezug auf gemeinsame Aktivitäten von Eltern mit ihren Kindern zu finden (Hallberg und Klevmarken 2003).

Zukünftige Herausforderungen für die schwedische Familienpolitik

Welche Herausforderungen kommen in den nächsten Jahren auf die schwedische Familienpolitik zu? Im Vergleich zu den meisten europäischen Ländern ist die Erwerbsquote von Frauen sehr hoch, und der Anteil, den Männer an unbezahlten Betreuungsaufgaben leisten, ist ebenfalls vergleichsweise hoch und steigt weiter. Die Finanzkrise hatte keine drastischen Auswirkungen auf die Geburtenziffer, die bei etwa zwei Kindern pro Frau liegt, obwohl von der steigenden Arbeitslosigkeit mit zunehmender Armut auch Familien mit Kindern betroffen sind. Es herrschen immer noch beträchtliche Geschlechterunterschiede bei den Beschäftigungsquoten und Versorgungsleistungen. Über vier Jahrzehnte waren die politischen Maßnahmen darauf ausgerichtet, eine größere Gerechtigkeit unter allen Paaren mit Kindern herzustellen. In den letzten Jahren stand die Wahlfreiheit bei allen Elterngruppen mehr im Mittelpunkt des neuen familienpolitischen Konzepts als die Gleichstellung der Geschlechter. Diese Entwicklung wird zwar möglicherweise die Entscheidungsfreiheit der Eltern kurzfristig erhöhen, könnte aber auch mit einer stärkeren Polarisierung zwischen Männern und Frauen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen einhergehen, da die verschiedenen Reformen Eltern aus unterschiedlichen sozialen Schichten auf andere Art und Weise treffen.

Die neue Zielrichtung der politischen Maßnahmen könnte sehr wohl bedeuten, dass die Schweden auf dem Arbeitsmarkt auf eine stärkere Gleichstellung der Geschlechter bei den höher Gebildeten zusteuern, die in größerem Umfang den Erziehungsurlaub teilen und sich die steuerlich absetzbaren Haushaltshilfen leisten können. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass auch in dieser Gruppe die Nutzung des Erziehungsurlaubs und die Löhne weit davon entfernt sind, geschlechtergerecht zu sein. Auch hier gibt es versteckte Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, die sich in unbezahlter Versorgungsarbeit der Frauen sowohl während als auch nach dem Erziehungsurlaub niederschlagen. Ein weiterer Unterschied ist darin zu erkennen, dass Männer den Erziehungsurlaub sehr viel flexibler nutzen, wenn das Kind aus dem Klein-

kindalter heraus ist. In den Haushalten mit geringerem Einkommen ist die Tendenz größer, sich für eine weniger geschlechtergerechte Aufteilung der Arbeit zu entscheiden. Es ist bekannt, dass solche Entscheidungen häufig zu schlechteren Aussichten auf dem Arbeitsmarkt und niedrigeren Rentenansprüchen im späteren Leben führen, was das Armutsrisiko für Frauen auf ihrem Lebensweg erhöht. Solche Risiken sind vor allem dann die Regel, wenn die Frauen im Erziehungsurlaub lediglich niedrige Festbeträge wie das Betreuungsgeld beziehen oder von bestimmten nachteiligen Aspekten der vom vorher erzielten Einkommen abhängigen Lohnersatzleistungen betroffen sind. Eine geschlechtergerechte Aufteilung der Arbeit wird vielleicht auch als notwendiges Übel erachtet, weil die Einkommenssituation der Familie und die Arbeitsmarktsituation viele Paare dazu veranlasst, eher der Frau die Versorgungsarbeit und Verantwortung für die Kinder zu übertragen als dem Mann. Ein extremes Beispiel sind da die kürzlich angekommenen Migranten mit Kindern. Die Arbeitsmarktpolitik würde eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt fördern, aber es scheint, dass viele Kommunen geschlechtsspezifische Entscheidungen treffen, wo die Frauen ermutigt werden, Erziehungsurlaub zu nehmen und zu Hause zu bleiben (auch mit etwas älteren Kindern), während die Männer an verschiedenen Programmen zur Integration in den Arbeitsmarkt teilnehmen (SOU [von einer öffentlichen Untersuchungskommission der schwedischen Regierung veröffentlichter Untersuchungsbericht] 2012). Eine eher ungerechte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern ist daher vielleicht nicht beabsichtigt, steckt aber unter dem Deckmantel der Wahlfreiheit.

Die zunehmende Zahl familienpolitischer Programme wirkt sich nicht nur jeweils anders auf die Wahlmöglichkeiten der unterschiedlichen sozialen Gruppen aus, sondern erhöht auch die Komplexität des familienpolitischen Systems, sowohl für die Bürger als auch für die politischen Entscheidungsträger. Weniger transparente familienpolitische Systeme erschweren die Gewichtung unmittelbarer und zukünftiger Konsequenzen individueller und familienpolitischer Entscheidungen. Außerdem wird die Inanspruchnahme von Leistungen auch durch komplexe Sachverhalte innerhalb bestimmter Programme beeinflusst. Dies wird an der Reform von 2012 deutlich, die darauf abzielte, den Gleichstellungsbonus zu vereinfachen. Studien der schwedischen Sozialversicherungsbehörde weisen auch auf deutliche Wissenslücken über die rechtlichen Bedingungen des Erziehungsurlaubs

hin, vor allen Dingen bei Vätern (Riksfördäkringsverket [Landesversicherungsamt] 2003, Försäkringskassan [Schwedische Sozialversicherungsbehörde] 2010a).

Der zukünftige Kurs der schwedischen Familienpolitik ist noch alles andere als klar. Rund um familienpolitische Maßnahmen kreist immer eine große Zahl an Zielkonflikten und Kompromissen, sowohl auf der individuellen als auch auf der gesellschaftlichen Ebene. Innerhalb der regierenden Mitte-Rechts-Koalition besteht ein Zielkonflikt zwischen den Liberalen, die schon immer starke Verfechter von Maßnahmen waren, die auf eine Gleichstellung der Geschlechter hinwirken, und den Christdemokraten, die sich für Maßnahmen einsetzen, mit denen die eher traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern aufrechterhalten wird. In der politischen Opposition steht die extrem rechtspopulistische Partei der Schwedendemokraten (Sveridgedemokraterna) mit ihrer Unterstützung eher traditioneller Geschlechterrollen in gewisser Weise der christdemokratischen Position nahe. Die Mehrheit der parlamentarischen Opposition (Grüne, Linke und Sozialdemokraten) befürworten eine Rückkehr zum vorhergehenden familienpolitischen Kurs mit der eindeutigen Unterstützung des Doppelversorgermodells, nicht zuletzt wenn es um eine stärkere Individualisierung der Elternversicherung und die Abschaffung des Festbetrags für die Betreuung zu Hause geht. Die Zukunft der steuerlichen

Absetzbarkeit von Kosten für Haushaltshilfen ist noch ungewisser. Hier reichen die Ansichten in der politischen Opposition von einer Abschaffung bis hin zu Reformen, damit diese Maßnahme nicht mehr ausschließlich für Bezieher hoher Einkommen von Nutzen ist. Auf jeden Fall ist es wahrscheinlich, dass die Suche nach einem Kompromiss zwischen den verschiedenen familienpolitischen Zielsetzungen auch in den kommenden Jahrzehnten ein Schauplatz für hitzige politische Debatten bleiben wird. Die Geschichte der schwedischen Familienpolitik macht nicht nur deutlich, dass die Gestaltung der Familienpolitik das Potenzial hat, sich auf Verhaltensweisen und das Wohlergehen von Eltern auszuwirken, sondern auch, dass es vielleicht noch Jahrzehnte dauern wird, uralte geschlechterspezifische Ungleichheiten durch politische Reformen zu verändern. Hier ist es wichtig, in Erinnerung zu rufen, dass kurzfristige Interessen zur Erhöhung der elterlichen Wahlfreiheit mit langfristigen Interessen zu mehr Geschlechtergleichheit kollidieren könnten. Wenn sich der Staat beispielsweise aktiv für häusliche Sorgearbeiten durch Frauen einsetzt, wirkt sich das nicht nur auf die zukünftigen beruflichen Karrieren von Frauen aus, sondern hat auch Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zur Folge und führt für Frauen zu einem höheren Armutsrisiko im Alter, weil die Rentenhöhe eng an das vorhergehende Lebenseinkommen gekoppelt ist.



- Bergström, M. 2012.** Barn med växelvis boende i Skolans betydelse för barns och ungas psykiska hälsa – en studie baserad på den nationella totalundersökningen i årskurs 6 och 9 hösten 2009. Socialstyrelsen und CHES.
- Bäckman, O., Nilsson, A. 2011.** Pathways to Social Exclusion – A Life Course Study: *European Sociological Review*, 27: 107–123.
- Brooks-Gunn, J. 2003.** Do you believe in magic? What we can expect from early childhood intervention programs. *Social Policy Report*, 17(1), 1–14.
- Duvander, A., Andersson, G. 2006.** Gender equality and fertility in Sweden: A study on the impact of the father's uptake of parental leave on continued childbearing. *Marriage and Family Review*, 39, 121–142.
- Duvander, A., Cedstrand, S. 2012.** Vårdnadsbidrag. En översikt av systemen i de nordiska länderna och sammanfattning av forskningen kring dess effekter. [Social Insurance Report 2013:5. Försäkringskassan, Stockholm.
- Duvander, A., Johansson, M., 2012.** What are the effects of reforms promoting fathers' parental leave use? *Journal of European Social Policy* 22 (3):319–330
- Duvander, A. 2006.** När är det dags för dagis? En studie om vid vilken ålder barn börjar förskola och föräldrars åsikt om detta *Institute for Future Studies Working paper 2006:2.*
- Duvander, A. 2008.** Family policy in Sweden 2008. *Social Insurance Report 2008:15*, Försäkringskassan [Schwedische Sozialversicherungsbehörde], Stockholm.
- Duvander, A., Jans, A. 2009.** Consequences of fathers' parental leave use: Evidence from Sweden. S. 51–62 in *Finish Yearbook of Population Research*. Sonderausgabe für das 16. Nordische Demographische Symposium in Helsinki 5.–7. Juni 2008.
- Ekberg, J., Eriksson, R., Friebel, G. 2005.** Parental Leave – A Policy Evaluation of the Swedish »Daddy-Month« Reform. *IZA DP no. 1617.*
- Ellingsaeter, A. 2012.** *Betreuungsgeld. Erfahrungen aus Finnland, Norwegen und Schweden*, Friedrich Ebert Stiftung: Internationale Politikanalyse.
- Evertsson, M., Duvander, A. 2010.** Parental Leave – Possibility or Trap? Does Family Leave Length Effect Swedish Women's Labour Market Opportunities? *European Sociological Review* 27:1–16.
- Ferrarini, T. 2003.** Parental Leave Institutions in Eighteen Post-War Welfare States. Schwedisches Institut für Sozialforschung, Reihe Doktorarbeiten Nr. 58.
- Ferrarini, T. 2006.** *Families, States and Labour Markets: Institutions, Causes and Consequences of Family Policy in Post-War Welfare States*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Försäkringskassan [Schwedische Sozialversicherungsbehörde], 2010a.** Föräldrars syn på Försäkringskassans information om föräldraförsäkringen. Resultat från en enkätundersökning hösten 2009. *Socialförsäkringsrapport 2010:3*. Stockholm, Försäkringskassan.
- Försäkringskassan [Schwedische Sozialversicherungsbehörde], 2010.** Orsaker till att föräldrar inte ansökte om jämställdhetsbonusen år 2010. *Social Insurance Report 2010:5*. Stockholm: Försäkringskassan.
- Försäkringskassan [Schwedische Sozialversicherungsbehörde], 2012.** Försäkrad inkomst i socialförsäkringen 1991–2010. *Social Insurance Report 2012:6*. Stockholm, Försäkringskassan.
- Gavanas, A. 2010.** Who cleans the welfare state? Migration, informalization, social exclusion and domestic services in Stockholm. Institut für Zukunftsstudien: Research Report 2010/3
- Haas, L., Hwang, P. 2008.** The impact of taking parental leave on fathers' participation in childcare and relationships with children: Lessons from Sweden. *Community, Work and Family*, 11 (1), 85–104.
- Hallberg, D., Klevmarken, J. 2003.** Time for children: A study of parent's time allocation. *Journal of Population Economics*, 16, 205–226.
- Kangas, O., Palme, J. 2000.** Does Social Policy Matter? Poverty Cycles in OECD Countries, *International Journal of Health Services*, 30 (2), 335–352.
- Kangas, O., Rostgaard, T. 2007.** Preferences or institutions? Work – family life opportunities in seven European countries. *Journal of European Social Policy*, 17 (3)
- Korpi, W., T. Ferrarini, S. Englund. 2013.** »Women's Opportunities Under Different Family Policy Constellations: Gender, Class and Inequality Tradeoffs in Western Countries Re-examined.« *Social Politics* 20(1): 1–40.
- Lundin, D. Mörk E. und Öckert, B. 2007.** Maxtaxa inom barnomsorgen – påverkar den hur mycket föräldrar arbetar? *Rapport 2007:2*. IFAU. Institutet för arbetsmarknads- och utbildningspolitisk utvärdering [Institut für die Auswertung der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik].
- Mandel, H., Semyonov, M. 2006.** A Welfare State Paradox: State Interventions and Women's Employment Opportunities in 22 Countries. *American Journal of Sociology*, 111 (6), 1910–49.
- Neyer, G. und Andersson, G. 2007.** Consequences of family policies in childbearing: Effects or artefacts? *Stockholm Research Reports in Demography* 2007:2. Universitat Stockholm.
- Rejmer, A. 2013.** Hanteringen av vårdnadstvister. Psykisk hälsa 2013:2.
- Riksförsäkringsverket [Landesversicherungsamt]. 2003.** Mamma vet bäst. En kunskapsmätning om föräldrapenning och föräldraledighet, *RFV Analyser* 2003:19. Stockholm, Riksförsäkringsverket.
- Schiratzki, J. 1999.** Custody of children in Sweden: Recent developments. *Scandinavian Studies in Law* 38.
- Sjögren Lindquist, G., Wadensjö, E. 2006.** The Swedish Welfare State: The Role of Supplementary Compensations, Schwedisches Institut für Sozialforschung, *Working Paper 2006:1.*



Skolverket [schwedische nationale Bildungsbehörde] 2006. Lärare inom förskola, skola och vuxenutbildning 2006 års prognos över behov av och tillgång på lärare perioden 2005–2019. Stockholm: Skolverket.

Skolverket [schwedische nationale Bildungsbehörde] 2007. Children, pupils and staff – National level. Report 298. Stockholm. Nachzulesen unter www.skolverket.se

SOU. 2012. Förmån och fälla – nyanländas uttag av föräldrapenning [Inanspruchnahme der Elternversicherung durch neu angekommene Immigranten] SOU 2012:9. Stockholm: Fritzes.

Tanaka, S. 2005. Parental leave and child health across OECD countries, *The Economic Journal*, 115, F7–F28.

Turunen, J. 2013. Shared Physical Custody and Children's Experience of Stress. PAA Konferenzpräsentation.



Über die Autoren

Ann-Zofie Duvander

Assistenzprofessorin für Soziologie und Demographie im Fachbereich Soziologie Universität Stockholm. Ihre Forschungsarbeiten konzentrieren sich auf Familienpolitik und die Beziehung zwischen Familie und Arbeit. Sie ist eine Expertin zur Elternzeitpolitik in Schweden, insbesondere im Bereich Elternzeit von Vätern.

Tommy Ferrarini

Assistenzprofessor für Soziologie am Schwedischen Institut für Sozialforschung der Universität Stockholm. Seine Forschungen umfassen die Entwicklungen in Wohlfahrtsstaaten, insbesondere im Bereich der familienpolitischen Institutionen, die politische Wirtschaft und Gender- und Klassenforschungen.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Westeuropa / Nordamerika |
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats
Westeuropa / Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil>

E-Mail:
FES-WENA@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Das FES-Büro in Stockholm (www.fesnord.org)

Das Nordische Büro ist Teil des internationalen Netzwerks der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und umfasst die Länder Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden.

Das Büro mit Sitz in Stockholm wurde 2006 mit dem Ziel gegründet, die deutsch-nordische Zusammenarbeit zu fördern. Mit Seminaren und Publikationen trägt das Büro zu einem kontinuierlichen Dialog zwischen Entscheidungsträger/innen und der Zivilgesellschaft in den Nordischen Ländern und Deutschland bei.

Die Arbeit der FES in den Nordischen Ländern konzentriert sich insbesondere auf den Ideen- und Erfahrungsaustausch zu gemeinsamen Herausforderungen in den Bereichen Soziales, Wirtschaft und Außenpolitik, wie beispielsweise:

- Erfahrungen aus Wohlfahrtsstaats- und Sozialreformen, insbesondere im Hinblick auf Chancengleichheit, partizipatorische Demokratie und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors;
- Erfahrungen in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik, europäische Integration und Ostseekooperation;
- Erfahrungen auf dem Gebiet Integrations- und Migrationspolitik.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-659-8